

Eine Einladung und eine Absage

Diskussionsrunde zum Hochwasser ohne die Bürgermeisterin

VON THOMAS RAUSCH

Rösrath. Auf eine rasche Diskussion über das extreme Hochwasser vom 14./15. Juli und die notwendigen Konsequenzen dringt der Verein Lebenswertes Sülztal. Er plant Informationsangebote am Wochenende 11./12. September. Doch im Vorfeld gibt es Irritationen zwischen dem Verein und Bürgermeisterin Bondina Schulze (Grüne). Der Verein hat die Rathauschefin oder eine andere Person aus der Stadtverwaltung zu einer Veranstaltung zu Hochwasserschutz und Starkregen eingeladen, doch Schulze hält den Zeitpunkt für „verfrüht“ und hat daher abgesagt. Darüber zeigt sich der Vereinsvorstand „überrascht“, der Vorsitzende Klaus Weile äußert in einer E-Mail an Schulze sein Bedauern.



„Eine politische Stellungnahme hilft den Menschen doch nicht“

Bondina Schulze,
Rösrather Bürgermeisterin

Die Gemengelage im Einzelnen: Der Verein Lebenswertes Sülztal hat das Wochenende

11./12. September gewählt, weil er beim geplanten Programm mit dem Hochwasser-Kompetenz-Centrum (HKC) zusammenarbeitet – und an eben diesem Termin war das Info-Mobil des HKC noch verfügbar. Zudem wollen die Vereins-Aktiven nach eigener Aussage das aktuelle Interesse an der Thematik nutzen und politische Stellungnahmen vor der Bundestagswahl erhalten. Geplant ist, dass das Info-Mobil des HKC am Samstag, 11. September, von 11 bis 17 Uhr auf dem Rathausplatz präsent ist. Privatleute und Betriebe können sich über individuellen Hochwasserschutz informieren. Am Sonntag, 12. September, soll das Info-Mobil ab 11 Uhr auf dem Schulhof der Grundschule Hoffnungsthal stehen, ab 17 Uhr soll in einem Zelt auf dem Schulhof eine Info-Veranstaltung folgen, das Lebenswertes Sülztal gestaltet sie zusammen mit dem HKC und hat auch der Stadt angeboten, als Mitveranstalterin einzusteigen. Bei der Veranstaltung sollen Experten und Betroffene zu Wort kommen. Auch die Stadt Rösrath sollte Stellung nehmen.

Dazu wird es nach jetzigem Stand aber nicht kommen. Denn Bürgermeisterin Schulze hält eine Beteiligung der Stadt zu diesem Zeitpunkt für nicht sinnvoll: „Wenn Stadt oder Aggervorband an so einem Termin teilnehmen sollen, dann sollte zumindest die Analysephase abgeschlossen sein“, schreibt sie in einer E-Mail an das Lebenswertes



Dieses Foto entstand am 15. Juli. In dieser Straße starb ein Mann in seinem Keller: Rösrath-Hoffnungsthal traf das Hochwasser besonders schlimm. Foto: Christopher Arlinghaus

Sülztal. Das sei aber bis 12. September nicht der Fall: Es werde eine Dokumentation von Niederschlagsmengen in den Orts- und des Pegelstands im zeitlichen Ablauf sowie der überlaufenden Bäche und Siefen erstellt. Erst danach ließen sich Lösungen erarbeiten. Diese könne die Stadt also im September noch nicht präsentieren, auch angesichts der dünnen Personaldecke. Daher schlägt Schulze dem Verein vor, „gemeinsam einen Termin in den nächsten Monaten vorzubereiten und dabei

Perspektiven zu entwickeln“, es gehe um einen „Blick nach vorne“.

Auf Anfrage dieser Zeitung, warum sie bei der Veranstaltung nicht ihre politische Position darstellen wolle, sagt Schulze: „Eine politische Stellungnahme hilft den Menschen doch nicht.“ Gefragt seien Lösungen, die aber noch nicht erarbeitet seien. Sie erinnert aber daran, dass die Grünen gegen eine Bebauung am Sülzbogen waren; bei der Diskussion über Gewerbeansiedlung in Leimbach-Nord war

das nicht so eindeutig – das Gelände sei zunächst noch nicht „als überschwemmtes Gebiet identifiziert“ gewesen, so Schulze. „Es sollte klar sein, für welche Werte ich stehe“, sagt Schulze. Sie habe „kein Problem damit“, sich der Diskussion zu stellen.

Der Verein Lebenswertes Sülztal versteht Schulzes Absage für den 12. September dennoch nicht. Natürlich erwarte er keine fertigen Lösungen. Es gehe auch nicht um „Schuldzuweisungen“, sondern um den „Blick nach vorne“ – gemeinsam mit Experten.

KOMMENTAR

Bürger erwarten Positionen

THOMAS RAUSCH zu öffentlichen Diskussionen nach dem Hochwasser



Das extreme Hochwasser und der Starkregen vom 14./15. Juli haben viele Menschen aufgewühlt. Daher besteht das verständliche Interesse, über die Geschehnisse und Konsequenzen zu sprechen. Es ist ein großes Verdienst des Vereins Lebenswertes Sülztal, dafür eine Plattform zu bieten. Bis zu dem Wochenende 11./12. September werden acht Wochen seit der Katastrophe verstrichen sein – ein Thema, das unter den Nägeln brennt, lässt sich nicht unbegrenzt vertagen. Dass bis dahin fertige Lösungen für alle Probleme auf dem Tisch liegen, verlangt niemand. Aber die Betroffenen erwarten zurecht, dass die Politik nun Position bezieht. Die Überflutungen können auch die Entscheidung bei der Bundestagswahl beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass Bürgermeisterin Bondina Schulze nicht an der geplanten Info-Veranstaltung teilnehmen will. Denn natürlich sind nun politische Bekenntnisse gefragt. Die Wählerinnen und Wähler möchten wissen, welche Konsequenzen sich aus den von Schulze angeführten „Werten“ der Grünen ergeben. Dass in Rösrath eine Grüne an der Stadtspitze steht, verstehen sie als Praxistest, der auch etwas über grüne Politik auf anderen politischen Ebenen aussagen kann. Dass Schulze das nicht erkennt, zeigt ein unterentwickeltes Verständnis von politischer Kommunikation. Politiker wie CDU-Mann Uwe Pakendorf haben vorgemacht, was für Aussagen nun gefragt sind.

Ein neues Konzept muss her

Die Rahmenbedingungen für den Einzelhandel werden neu abgesteckt

VON CLAUS BOELEN-THEILE

Bergisch Gladbach. Nicht zu viel und nicht zu wenig. Auch im Einzelhandel muss die Balance gefunden werden, damit sich die Märkte und Discounter nicht nur in einem Ortsteil ballen und die anderen leer ausgehen. Ohne Balance drohen weite Wege zum Einkaufen und damit auch mehr Verkehr. Wohnortnah soll es sein, damit auch diejenigen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, ihre Dinge des täglichen Bedarfs geschmeidig einkaufen können.

Das Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept regelt für die Kreisstadt, was bei den Märkten geht und was nicht geht. Formal liegt der Verwaltung ein „städtebauliches Entwicklungskonzept“ vor, ein sperriges Wortungetüm, das auch einfacher zu beschreiben ist: Steuerung. Im November 2015 verabschiedete der Stadtrat die aktuell gültige Version. Nach einer Zeit von fünf Jahren steht nun die „Fortschreibung“ an, die bis 2026 reichen wird. Das heißt: Das Konzept muss sich den neuen Entwicklungen, neuen Baugebieten anpassen. Und da ist gerade einiges in Bewegung: Hunderte Wohnungen werden in den nächsten Jahren entstehen, vor allem in der Stadtmitte. Das Steinbüchel-Gelände wird



Die Schlossgalerie mit der neuen Schlosstreppe ergänzt im Stadtteil Bensberg das Einzelhandelsangebot. Foto: Christopher Arlinghaus

entwickelt, die baulichen Dinge schreiten dort kräftig voran. Das Köttgen-Gelände wird einen Mix aus Wohnungen und Gewerbe erhalten. Auf dem Gelände des ehemaligen Kalkwerks Cox an der Ecke Paffrather/Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße ist eine gewaltige Baugrube entstanden, aus der demnächst Wohntürme wachsen werden. Und dann noch Zanders, 37 Hektar mit Potenzial für vieles, von der neuen Grundschule Schule 21 bis zu Wohnungen und Kleingewerbe. Die Entwickler von „Karres en Brands“ aus Hilversum skizzieren in diesen Wochen erste Nutzungsideen. Spannend wird dabei sein, ob sich auch Einzelhan-

del auf Zanders wiederfinden könnte. Auch im Einzelhandel bewegt sich immer was: Discounter Aldi in der RheinBerg-Galerie, die Weiternutzung der Flächen des Biomarkts in der RB-Galerie, die RheinBerg-Passage nach Schließung des „Marktkaufs“, der Discounterwechsel von Netto zu Aldi in Heidkamp. Das Einzelhandelskonzept von 2015 zeigte sich robust. Es ist nur einmal ergänzt worden: In diesem Frühjahr gingen die Pläne für den Vollsortimenter mit Discounter und Drogerie in Herkenrath durch die Politik, die der Aufnahme ins Einzelhandelskonzept zustimmte. Kaufmann Markus Hetzenegger

(„Edeka“) verfolgt dort seit mehreren Jahren Entwicklungspläne für den Stadtteil Herkenrath.

Was in die 2022er-Auflage kommt, ergibt sich aus Prognose des Umsatzes, der Kaufkraft, der Einwohnerstatistik und der vorhandenen Einkaufsflächen. Beim Umsatz wird eine Kalkulation bis 2026 und 2036 gemacht. Passanten werden im Innenstadt-Zentrum und in den Nebenzentren Bensberg und Refrath befragt, auch per Telefonbefragung werden Daten ermittelt. In den nächsten Wochen wird ein Gutachterbüro den Auftrag fürs Konzept bekommen und mit der Datenerfassung starten. Vorgesehen sind auch Öffentlichkeitsbeteiligung und, sofern möglich, eine Bürgerveranstaltung im Ratssaal Bensberg. Auch die Nachbarkommunen werden befragt. Schließlich wandert der Entwurf in die Politik. Zunächst in einen interfraktionellen Arbeitskreis, danach in den Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität und für einen Beschluss in den Stadtrat. Im Sommer 2021 sollen grundlegende Daten flächendeckend ermittelt werden, bis Jahresende ein erster Entwurf vorliegen. Bürgerbeteiligung und politische Diskussion stehen Anfang 2022 an. Und im Sommer 2022 soll es einen Beschluss geben.

Anzeige

Seit 1976
NAGELSCHMIDT
IMMOBILIEN

Jahrzehntelange Erfahrung hilft, auch Ihre Immobilie in und um Köln optimal zu verkaufen.

Laurentiusstraße 80, 51465 Bergisch Gladbach
E-Mail: info@nagelschmidt-immobilien.de
02202 / 3 26 01

IN KÜRZE

BERGISCH GLADBACH

Radfahrer bedroht Fahrlehrer mit Waffe

Ein 43-jähriger Radfahrer hat am Mittwochnachmittag einen Fahrlehrer (46) mit einer Schusswaffe bedroht. Laut Polizei hatte der sein Rad über die Einmündung Am Broich/Laurentiusstraße schiebende Mann sein Gefährt zunächst gegen den Pkw geschlagen und beschädigt. Als der Fahrlehrer ihn ansprach, zog er eine Schusswaffe und zielte auf den Geschädigten. Die Polizei stellte eine PTB-Waffe (Reizstoff- oder Schreckschusswaffe ohne Kugeln) sicher. Gegen den Radler besteht ein Waffenbesitzverbot. Die Polizei ermittelt wegen Bedrohung, Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. (sb)

BERGISCH GLADBACH

Nervöser Prüfling zahlt Buße an Flutopfer-Hilfe

Seine Prüfungsangst ist einem 36-jährigen Koch zum Verhängnis geworden. Statt selbst bei der theoretischen Führerschein-Prüfung in Bergisch Gladbach zu erscheinen, schickte der aus Bangladesch stammende Kölner einen Landsmann. Der Trick flog auf, und der seit 2016 ansonsten unbescholten in Deutschland lebende und arbeitende Angeklagte musste wegen des „Missbrauchs von Ausweispapieren“ vor Gericht. Nach kurzem Prozess einigten sich die Beteiligten auf eine Buße: Der Angeklagte muss in Raten 400 Euro an die Flutopfer-Hilfe zahlen, danach wird das Verfahren endgültig eingestellt. (sb)